



15 JAHRE

KLARTEXT

ANTRAGSBUCH

**XXX. BUNDESKONGRESS
JUNOS**

INHALTSVERZEICHNIS

Anträge zu den Rechtsnormen

Kompetenzen Schiedsgericht.....	3
Bestellung Landeskoordinator:in.....	6

Leitantrag des Bundesvorstands

Vielfalt statt Einfalt: Zuwanderung mit Plan.....	7
---	---

Programmatische Anträge zum XXIX. Bundeskongress

Dem Ehrenamt wieder Ehre geben	17
Ein freies Europa für alle	22

Programmatische Anträge zum XXX. Bundeskongress

Ruhe in Freiheit	24
Ende der Buchpreisbindung.....	26
Demography is destiny – für einen liberalen Pronatalismus!.....	28
Mehr Freiheit im Alter: Weg mit der Doppelbelastung für Zuverdienste	33
Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!.....	36
Reform des Notariatswesens	43
Am Tisch statt auf der Speisekarte – NATO-Beitritt Österreichs!.....	46
Unendliche Weiten: Die JUNOS Weltraumstrategie.....	49
Islam in Österreich: Freiheit statt Fanatismus	57
Regierungs- und Parteikommunikation trennen	61

Antragsteller:innen: Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Manuel Grubmüller, Naemi Häfeli, Fabienne Lackner, Julius Lajtha, Wenzel Röhsner, Alina Steiner, Frederik Witjes, Sophie Wotschke

KOMPETENZEN SCHIEDSGERICHT

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 § 10 Abs 7 wird wie folgt abgeändert:

4 *(7) Das Schiedsgericht kann von jedem Mitglied in allen vereinsrechtlichen*
5 *Streitigkeiten, die sich auf Grundlage dieses Statuts zwischen zwei Mitgliedern*
6 *oder Organen der JUNOS ergeben, angerufen werden. Seine Entscheidungen sind*
7 *innerhalb der JUNOS endgültig. Für Streitigkeiten innerhalb eines Zweigvereins,*
8 *in dem ein eigenes Schiedsgericht eingerichtet ist, ist dieses zuständig. Die in*
9 *diesen Statuten geregelten Verfahrensbestimmungen gelten sinngemäß auch für*
10 *diese. Für Streitigkeiten, die die Zuständigkeit von mehreren eingerichteten*
11 *Schiedsgerichten berühren, ist im Zweifel das Schiedsgericht der JUNOS*
12 *zuständig.*

13 Nach § 10 Abs 7 wird folgender Absatz eingefügt:

14 *(8) Das Schiedsgericht entscheidet über:*

15 *a. Die Anfechtung eines Ausschlusses nach § 4 Abs 14.*

16 *b. Die Anfechtung einer Wahl zum Bundesvorstand oder zur bundesweiten*
17 *Spitzenkandidatin nach § 7 Abs 10.*

18 *c. Die Anfechtung einer Wahl zum Landesvorstand oder zur landesweiten*
19 *Spitzenkandidatin nach § 13 Abs 6 lit a.*

20 *d. Statutenwidriges Verhalten durch ein Organ der JUNOS nach § 6 Abs 11.*

21 Die Nummerierung der übrigen Absätze in § 10 wird angepasst.

22 Nach § 10 Abs 8 wird folgender Absatz eingefügt:

23 *(10) Weitere Verfahrensbestimmungen können in einer vom Schiedsgericht*
24 *einstimmig zu beschließenden Schiedsordnung festgelegt werden.*

25 Nach § 4 Abs 14 wird folgender Absatz eingefügt:

26 *(15) Die Entscheidung des Bundesvorstandes kann vom betroffenen Mitglied binnen*
27 *zwei Wochen beim Schiedsgericht angefochten werden (Siehe § 10 Abs 7). Das*
28 *Schiedsgericht kann den Ausschluss rückwirkend aufheben.*

29 Die Nummerierung der übrigen Absätze in § 4 wird angepasst.

30 § 4 Abs 16 wird wie folgt abgeändert:

31 *(17) Gelingt es dem Mitglied erst nach der gesetzten Frist die Vorwürfe zu*
32 *widerlegen, so kann der Bundesvorstand den Ausschluss rückwirkend aufheben. Dies*
33 *gilt unabhängig von einem etwaigen schiedsgerichtlichen Verfahren nach den §§ 4*
34 *Abs 15, § 10 Abs 7.*

35 Nach § 7 Abs 9 wird folgender Absatz eingefügt:

36 *(10) Die Wahlen eines Mitglieds des Bundesvorstands und einer bundesweiten*
37 *Spitzenkandidatin können von zehn Mitgliedern, die bei der Wahl ihr aktives oder*
38 *passives Wahlrecht ausgeübt haben, wegen behaupteten ergebnisrelevanten*
39 *Verletzungen des Wahlverfahrens bis zum Ablauf des fünften Tages nach der Wahl*
40 *beim Schiedsgericht angefochten werden. Das Schiedsgericht hat diese binnen*
41 *einer Woche zu prüfen. Bei Zweifeln an der Gültigkeit der Wahl kann das*
42 *Schiedsgericht die Wahl rückwirkend aufheben und/oder eine Neuwahl binnen zwei*
43 *Monaten anordnen.*

44 Die Nummerierung der übrigen Absätze in § 7 wird angepasst.

45 Nach § 13 Abs 6 lit a. wird folgender Absatz eingefügt:

46 *b. Die Wahlen eines Mitglieds des Landesvorstands und einer landesweiten*
47 *Spitzenkandidatin können von fünf Mitgliedern, die bei der Wahl ihr aktives oder*
48 *passives Wahlrecht ausgeübt haben, wegen behaupteten ergebnisrelevanten*
49 *Verletzungen des Wahlverfahrens bis zum Ablauf des fünften Tages nach der Wahl*
50 *beim Schiedsgericht angefochten werden. Das Schiedsgericht hat diese binnen*
51 *einer Woche zu prüfen. Bei Zweifeln an der Gültigkeit der Wahl kann das*
52 *Schiedsgericht die Wahl rückwirkend aufheben und/oder eine Neuwahl binnen zwei*
53 *Monaten anordnen.*

54 Die Nummerierung der übrigen Absätze in § 13 wird angepasst.

55 Nach § 6 Abs 10 wird folgender Absatz eingefügt:

56 *(11) Jedes Mitglied kann eine begründete Vermutung von statutenwidrigem Verhalten*
57 *durch ein Organ der JUNOS beim Schiedsgericht einbringen, sofern dieses nicht*
58 *länger als zwei Monate zurückliegt. Das Schiedsgericht hat diese binnen eines*
59 *Monats zu prüfen. Bei Bestätigung des Verdachts kann das Schiedsgericht dem*
60 *betroffenen Organ bzw. einem Mitglied des Organs eine Korrektur und/oder*
61 *Richtigstellung anordnen sowie dem Bundesvorstand etwaige Sanktionen empfehlen.*

Antragsteller:innen: Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Manuel Grubmüller, Naemi Häfeli, Silvio Junger, Fabienne Lackner, Julius Lajtha, Arman Shariat, Alina Steiner, Frederik Witjes, Sophie Wotschke

BESTELLUNG LANDESKOORDINATOR:IN

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten

2 vorzunehmen:

3 § 13 Abs 7 lit a Ziffer ii wird wie folgt abgeändert:

4 *ii. Eine bestellte Landeskoordinatorin des Zweigvereins Junge liberale*

5 *Studierende – JUNOS ist kraft ihres Amtes ein zusätzliches stimmberechtigtes*

6 *Mitglied des Landesvorstandes. Der Landesvorstand kann gegen die Bestellung der*

7 *Landeskoordinatorin ein Veto einlegen.*

8 § 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird wie folgt abgeändert:

9 *iii. Eine gewählte Landesvorsitzende oder bestellte Landeskoordinatorin des*

10 *Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS ist kraft ihres Amtes ein*

11 *zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes. Der Landesvorstand*

12 *kann gegen die Bestellung der Landeskoordinatorin ein Veto einlegen.*

Antragsteller: Bundesvorstand

Der Bundeskongress möge beschließen:

VIELFALT STATT EINFALT: ZUWANDERUNG MIT PLAN

- 1 Migration und Asyl sind zwei eng verwandte, aber unterschiedliche Themen, die
- 2 oft vermischt werden – gerade deshalb ist es wichtig, sie klar zu trennen.
- 3 Migration umfasst den breiteren Rahmen der Wanderungsbewegungen von Menschen,
- 4 die aus verschiedenen Gründen – etwa Arbeitssuche, Ausbildung oder
- 5 Familienzusammenführung – ein neues Land wählen. Asyl hingegen betrifft
- 6 Menschen, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt
- 7 werden oder vor Krieg und Gewalt fliehen und internationalen Schutz suchen.
- 8 Sowohl Migration als auch Asyl sind zweifellos zentrale Themen unserer Zeit –
- 9 und es ist höchste Zeit, dass wir als Liberale unseren Standpunkt deutlich
- 10 machen. Wir reden nicht nur darüber, weil die Zahlen steigen, sondern weil es um
- 11 weit mehr geht als reine Quantität.

- 12 Es geht zum einen darum, wie Europa als Wertegemeinschaft Migration qualitativ
- 13 gestalten kann – durch klare Regeln, Chancen und Grenzen. Dabei unterscheiden
- 14 wir Liberale uns sowohl von denjenigen, die Zuwanderung uneingeschränkt
- 15 ablehnen, als auch von jenen, die jede Form der Zuwanderung als unproblematisch
- 16 betrachten. Wir sehen Migration als Herausforderung, aber vor allem als Chance
- 17 für Fortschritt und Vielfalt, wenn sie gut gesteuert ist.

- 18 Bei Asyl ist unser Ansatz weder blind idealistisch noch von Angst getrieben an
- 19 das Thema heranzugehen. Während links oft die humanitäre Verantwortung betont
- 20 wird und rechts vor allem Sicherheitsbedenken dominieren, suchen wir einen
- 21 rationalen, lösungsorientierten Weg, der Österreich und Europa stärkt. Denn klar

22 ist: Wir haben eine moralische Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen. Doch
23 genauso klar ist, dass Europa nicht unbegrenzt aufnahmefähig ist und Lösungen
24 braucht, die sowohl humanitär als auch realistisch umsetzbar sind.

25 Unser Fokus liegt daher auf einem ausgewogenen und verantwortungsbewussten
26 Umgang mit Migration. Wir müssen unsere Attraktivität durch kluge
27 Migrationspolitik nutzen, ohne dabei soziale oder wirtschaftliche
28 Überforderungen zu riskieren. Migration bedeutet Wandel, und diesen Wandel
29 können wir aktiv und konstruktiv mitgestalten – für ein Europa, das Chancen für
30 alle bietet und gleichzeitig klare Rahmenbedingungen schafft.

31 **ASYL NEU GESTALTEN**

32 **EIN NEUES ASYLSYSTEM FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION**

33 Derzeit stemmen einige wenige Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, die
34 gesamte Last an Asylsuchenden in der Europäischen Union. Dass dieser Zustand
35 weder nachhaltig noch solidarisch ist, hat auch die EU erkannt und hat hierzu
36 begrüßenswerte Reformen des Asylsystems angestoßen¹, die wir Junge liberale
37 NEOS - JUNOS ehestmöglich umgesetzt wissen wollen:

- 38 • Die ausnahmslose Registrierung aller Asylwerber:innen an der EU-
39 Außengrenze
- 40 • Die Durchführung des Asylverfahrens direkt an der EU-Außengrenze, wenn nur
41 geringe Chancen auf Gewährung von Asyl vorliegen
- 42 • Ein EU-weit einheitliches Asylverfahren, das eine schnellere Bearbeitung
43 der Anträge möglich macht
- 44 • Eine Residenzpflicht für Flüchtlinge in dem Mitgliedstaat, der für ihr

45 Asylverfahren zuständig ist

- 46 • Schnelle und effektive Ablehnung unbegründeter oder unzulässiger Anträge
- 47 • Die Erteilung einer Arbeitserlaubnis nach spätestens sechs Monaten
- 48 • Die Option der Schaffung einer legalen Einreisemöglichkeit für von den
- 49 Vereinten Nationen anerkannte Flüchtlinge aus Drittstaaten durch die
- 50 Mitgliedstaaten²

51 All diese Maßnahmen sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Jedoch
52 werden diese neuen Regeln allein nicht ausreichen. Daher fordern wir Junge
53 liberale NEOS - JUNOS:

- 54 • Abschließen von effizienten Abkommen über die Rückführung von nicht
55 schutzbedürftigen Personen in deren Heimatländer und oder Drittstaaten,
56 die sich zur Aufnahme bereiterklären (insb. Nachbarländer von Afghanistan
57 für nicht schutzbedürftige bzw. schutzverwirkt habende Afghanen) und in
58 denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht
- 59 • Die Aberkennung des Schutzstatus bzw. Einstellung des Asylverfahrens, wenn
60 der Antragssteller ins EU-Ausland/Heimatland reist
- 61 • Die Ausweisung von Personen mit rechtskräftig negativer Entscheidung über
62 ihren Schutzbedarf innerhalb einer Woche
- 63 • Die Abschaffung der Möglichkeit, dass Mitgliedstaaten anstelle der
64 Aufnahme von Asylwerber:innen lediglich finanzielle oder organisatorische
65 Unterstützung leisten können - diese würde erneut zu einer unsolidarischen
66 Aufteilung der Schutzsuchenden führen
- 67 • Effektive Umsetzung von Schutzaberkennung bzw. -ausschluss bei der

68 Begehung schwerer Straftaten nach Art. 2 und 3 EMRK

69 Eines der zentralen Probleme, dass mit der Zuwanderung und den illegalen
70 Fluchtrouten einhergeht, ist das Problem der Schlepperei. Schlepper bereichern
71 sich an der Not und am Leid der Flüchtenden und setzen diese manchmal
72 Todesgefahren aus. Zusätzlich dazu entstehen der EU und den MS durch Schlepperei
73 auch enorm hohe Kosten Das Problem der Schlepperei kann die EU nur mit vereinten
74 Kräften in den Griff bekommen. Daher fordern wir:

- 75 • Die Möglichkeit für Schutzsuchende, nach kanadischem Vorbild im Rahmen
76 eines Resettlement-Programmes des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten
77 Nationen legal in die EU einzureisen.
- 78 • Die Erhöhung des Strafmaßes bei Schlepperei von derzeit zwei³ auf bis zu
79 zehn Jahre Haft, bei erneuter Verurteilung soll die Höchststrafe,
80 lebenslange Haft, angewendet werden
- 81 • Die stärkere Zusammenarbeit und gemeinsame Vorgehensweise der
82 Mitgliedstaaten im Kampf gegen Schlepperei

83 **INTEGRATION FÜR EIN GELUNGENES MITEINANDER**

84 Integration ist wichtig, weil sie Menschen unterschiedlicher Herkunft verbindet
85 und ein harmonisches Zusammenleben fördert. Sie ermöglicht den Austausch von
86 Kulturen, Ideen und Werten, was zu gegenseitigem Respekt und Verständnis führt.
87 Durch Integration können Barrieren abgebaut werden, sodass jeder die gleichen
88 Chancen hat, sich zu entfalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. Nur so
89 entsteht ein starkes, vielfältiges und friedliches Miteinander. Für uns ist
90 klar: Integration ist eine Verpflichtung, da nur durch sie potenzielle Probleme
91 und die Bildung einer Parallelgesellschaft verhindert werden können.

92 DEUTSCH ALS SCHLÜSSEL ZUR INTEGRATION

93 Die Sprache ist einer der wesentlichen und wichtigsten Integrationsfaktoren.

94 Genau deshalb ist es wichtig, dass Deutsch von Menschen, die nach Österreich

95 kommen, beherrscht wird. Derzeit haben sie oft nicht die Möglichkeit, da es

96 teilweise nur wenige Angebote gibt. Jene im städtischen Raum sind oft

97 ausgelastet, im ländlichen Raum gibt es kaum Möglichkeiten. Während des

98 Verfahrens können in manchen Bundesländern noch keine Deutschkurse besucht

99 werden. Das muss sich ändern, wir Junge liberale NEOS - JUNOS fordern, dass ab

100 Tag 1 nicht nur Deutsch gelernt werden kann, sondern auch muss.

101 Auch in Schulen ist Deutsch die Voraussetzung, um dem Unterricht folgen zu

102 können, daher fordern wir Junge liberale NEOS - JUNOS ein zweites

103 verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder, deren Deutschkenntnisse (noch)

104 nicht für den Schulunterricht ausreichen. Des weiteren schließen wir uns hier

105 den JUNOS Schüler:innen an, indem wir finden, dass es eine Umkehrung der

106 Budgetlogik von Schulen braucht: Schulen sollten nicht top-down ein gewisses

107 Budget gesetzt bekommen, sondern stattdessen sollten sie primär bottom-up via

108 marktwirtschaftlichen Mechanismen finanziert werden. Konkret bedeutet dies, dass

109 jedes Kind einen Bildungsscheck bekommt, welchen die Eltern für eine Schule

110 ihrer Wahl nutzen können. Die Höhe dieses Bildungsschecks soll sich an den

111 Herausforderungen bemessen, die dieses Kind mit sich bringt. So bekommen Schulen

112 mehr finanzielle Mittel für jene Kinder, die z.B. Defizite in der deutschen

113 Sprache haben und verfügen von nun an auch über die notwendigen Ressourcen, um

114 diese Herausforderungen stemmen zu können.

115 GERECHTE VERTEILUNG

116 Wir fordern eine gerechte Aufteilung der Asylwerber:innen auf die Bundesländer.

117 Zwar haben sich die Bundesländer auf verpflichtende Quoten geeinigt, die es zu
118 erfüllen gilt, allerdings werden diese derzeit nur von Wien eingehalten. Auch
119 innerhalb der Bundesländer ist eine möglichst breite Verteilung auf die
120 unterschiedlichen Gemeinden anzustreben, um Ghettobildung entgegenzuwirken.

121 Zusätzlich dazu soll es für die Dauer des Verfahrens eine Residenzpflicht geben.
122 Um diese im Rahmen des Gesetzes möglich zu machen, muss ausreichend
123 Infrastruktur vorhanden sein und es muss genügend Integrationsmaßnahmen vor Ort
124 geben.⁴ Bei Arbeitsaufnahme in einem anderen Bundesland gilt die
125 Residenzpflicht nicht.

126 **ZUGANG ZUR ARBEITSWELT**

127 Arbeit ist ebenso wie Sprache eine der wichtigsten Integrationschancen.
128 Asylwerber:innen sollen in Österreich nach drei Monaten (Also doppelt so schnell
129 als das aktuelle EU-Minimum) die Berechtigung erhalten, einer Beschäftigung
130 nachzugehen. Dadurch kommen sie mit den Menschen in Österreich in Kontakt und
131 können einen geregelten Arbeitsalltag erleben. Sie erhalten dadurch außerdem die
132 Chance, nicht länger auf Sozialleistungen angewiesen zu sein und sich ein
133 eigenes Leben aufzubauen.

134 **ZWECKMÄSSIGE SOZIALLEISTUNGEN**

135 Derzeit sind die Sozialhilfefzahlungen der Bundesländer unterschiedlich.
136 Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Sozialhilfe einheitlich
137 gestaltet werden muss. Daher fordern wir eine bundesweit einheitliche
138 Sozialhilfe mit zentral Vorgegeben Regelsätzen.

139 Zudem wollen wir dort, wo möglich, Sach- statt Geldleistungen forcieren, um die
140 Zweckentfremdung der Mittel zu verhindern. Für Geldleistungen soll es, wie etwa

141 in Deutschland, eine Bezahlkarte geben, die verhindert, dass Geld ins Ausland
142 geschickt wird und/oder die Mittel zweckentfremdet werden.

143 Außerdem soll es möglich sein, dass Transferleistungen bei Verfehlungen der
144 Personen, wie etwa das Fernbleiben von verpflichtenden Kursen oder beim
145 Nichterscheinen der Kinder in der Schule, gekürzt und in letzter Konsequenz auch
146 gestrichen werden können.

147 **WERTESCHULUNGEN**

148 Verpflichtende Werteschulungen sind ein zentraler Baustein für gelungene
149 Integration. Sie helfen Menschen, sich auf ihr Leben in der neuen Gesellschaft
150 vorzubereiten, und fördern das Verständnis für grundlegende Normen und
151 Erwartungen. Diese Schulungen sollen neben den oben bereits angeführten
152 Deutschkursen drei zentrale Bereiche abdecken: **Werte, Orientierung** und
153 **Arbeitsmarkt**. Die Teilnehmer erlernen die deutsche Sprache als Schlüssel zur
154 Verständigung, während sie gleichzeitig mit den grundlegenden Werten und
155 gesellschaftlichen Normen vertraut gemacht werden. Dabei wird der Fokus auf
156 Themen wie Demokratie, Gleichberechtigung, Respekt und Toleranz gelegt.
157 Zusätzlich erhalten sie Orientierung im Alltag sowie Einblicke in den
158 österreichischen Arbeitsmarkt und die dafür notwendigen Voraussetzungen. Diese
159 Schulungen tragen dazu bei, dass Neuankömmlinge nicht nur sprachlich und
160 kulturell Anschluss finden, sondern auch aktiv an der Gesellschaft und am
161 Arbeitsleben teilnehmen können. So wird Integration für alle Beteiligten
162 erfolgreicher und nachhaltiger gestaltet. Das Ziel sollte sein, dass die
163 Menschen Deutsch lernen, unsere Werte leben und Steuern zahlen.

164 **ZUKUNFT MIT FACHKRÄFTEN SICHERN**

165 Für uns Junge liberale NEOS - JUNOS ist klar, dass Österreich qualifizierte
166 Zuwanderung braucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Derzeit ist es für
167 Migrant:innen aber unnötig schwierig, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, auch
168 deswegen ist Österreich daher ein unbeliebtes Ziel für Fachkräfte. Diese würden
169 aber derzeit mehr denn je gebraucht, da es aktuell etwa 175.000 offene Stellen
170 in Österreich gibt.⁵ Zudem fordern wir eine staatliche Strategie zur Anwerbung
171 von Fachkräften, wie sie zB das UK oder die USA haben.

172 **REFORM DER RWR-KARTE**

173 Beim Anwerben von dringend benötigten Fachkräften hätte die Rot-Weiß-Rot-Karte
174 Abhilfe schaffen sollen. Doch diese ist eher ein Bürokratiemonster als eine
175 Vereinfachung. Die Bearbeitung der Anträge dauert meistens mehrere Monate und es
176 sind drei verschiedene Behörden zuständig. Andere Länder sind hier schon
177 deutlich weiter, vom Zeitpunkt der Antragsstellung bis zum Ausstellungszeitpunkt
178 vergeht etwa in den Vereinten Arabischen Emiraten nur eine Woche.

179 Wir möchten die bürokratischen Hürden verringern, die Einkommensgrenze senken
180 und klare Regeln aufstellen. Das ist in Österreich möglich, daher fordern wir
181 die einheitliche Zuständigkeit einer Verwaltungsbehörde und eine Entscheidung
182 binnen zwei Wochen, um Österreich so für Fachkräfte wieder attraktiver zu
183 machen. Anträge, die von Personen gestellt werden, die bereits eine
184 Einstellungszusage für mindestens ein halbes Jahr haben, sollen hierbei
185 bevorzugt behandelt werden. Ebenso soll es für Arbeitskräfte, welche in
186 innovativen Branchen tätig sind, ein Fast-Track-Verfahren geben.

187 Die Qualifikationen sollen via eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild
188 bewertet werden.⁶

189 **SCHNELLERE ANERKENNUNG VON ABSCHLÜSSEN**

190 Offiziell darf die Anerkennung einer in Drittstaaten erworbenen Ausbildung bis
191 zu vier Monate dauern. In der Praxis ist das aber so gut wie nie der Fall, die
192 Übersetzung der Dokumente und weitere bürokratische Hürden führen dazu, dass
193 sich die Anerkennung oftmals über mehrere Jahre statt Monate zieht. Das schreckt
194 Fachkräfte natürlich ab. Wir fordern ein transparentes Anerkennungssystem, in
195 dem auch bereits bekannte Studiengänge abgespeichert werden, um so zu
196 ermöglichen, dass Absolvent:innen derselben Studiengänge ein beschleunigtes
197 Verfahren erwarten können.

198 **BEZAHLTE STIPENDIEN**

199 In unterschiedlichen Branchen werden dringend Fachkräfte gesucht, im
200 Gesundheitsbereich herrscht etwa ein großer Mangel an Pflegekräften. Um aktiv
201 Fachkräfte anzuwerben, ist es eine Möglichkeit, dass Stipendien durch
202 Unternehmen vergeben werden, um Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Die
203 Ausgaben dafür sollen von der Steuer absetzbar sein, sofern es sich um
204 Mangelberufe handelt. Ein weiterer Vorteil ist, dass so besser gewährleistet
205 werden kann, dass die Ausbildungen unseren europäischen Qualitätsstandards
206 entsprechen.

207 **VISA FÜR SCHLAUE KÖPFE**

208 Nach dem Vorbild der Niederlande fordern auch wir einjährige Visa für
209 Absolvent:innen der Top 200 Universitäten. Selbstverständlich ist bei diesen
210 Visa auch eine Arbeitsbewilligung inbegriffen. Das Visum wird bei
211 Erwerbstätigkeit der Person automatisch für einen angemessenen Zeitraum
212 verlängert.

213 ¹ [https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/pact-
migration-and-asylum_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/pact-
214 migration-and-asylum_en)

215 ² Ebenda

216 ³ § 114 (1) FPG

217 ⁴ [Untitled \(parlament.gv.at\)](#) Zugriff am 4.10.2024

218 ⁵ <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitskraefte-nachfrage/off-ene-stellen>

220 ⁶ <https://junos.at/beschlusslagen/liberales-zuwanderungsmodell/>

Antragsteller: Christoph Perner

Der Bundeskongress möge beschließen:

DEM EHRENAMT WIEDER EHRE GEBEN

1 **BEGRÜNDUNG:**

2 In Österreich ist es Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Europaweit gibt
3 es lt. der Austria Presse Agentur (Bericht 12.Mai 2018) kein Land in dem
4 verhältnismäßig so viele ehrenamtlich aktiv sind, nämlich 3,3 Millionen
5 Personen. Aus der Gruppe der 19-bis 29- jährigen ist es beinahe jede_r Zweite.

6 Auch prägt das Ehrenamt die Kulturlandschaft, damit auch unser tägliches Leben.
7 Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste und Bergrettung
8 genießen ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung.

9 Ehrenamtliche verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und
10 Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß
11 (Stichwort: Katastrophen als Folgen des Klimawandels, lt. Global 2000 erfolgte
12 eine Steigerung der Hochwassereinsätze um 40%) freiwillig übernommene Pflichten
13 neben Beruf und Familie.

14 Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welches seit Generationen in den
15 Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringt Menschen unterschiedlichster
16 Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit
17 und Zusammenhalt werden in den Vereinen hochgehalten und in Form von Ausflügen
18 und sportlichen Aktivitäten gelebt. Das ist wesentlich für eine reibungslose
19 Zusammenarbeit bei den Einsätzen.

20 Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement
21 kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung

22 ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würde den
23 österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen
24 stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne
25 ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

26 Ohne Ehrenamt gäbe keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen
27 flächendeckend qualifizierten Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

28 Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern
29 bzw. immense Mehrkosten im Bundshaushalt verursachen.

30 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sehen sich immer mehr mit Gewalt
31 konfrontiert. Sei es in Form von Beschimpfungen oder gar durch
32 Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie (im
33 Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen
34 Rettungskräfte):

35 Jedes Jahr erleben 98% der Studienteilnehmer_innen verbale Gewalt.

- 36 • Fast 6 von 10 Teilnehmer_innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im
37 Jahr davor physische Übergriffe erlebt.
- 38 • Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit
39 Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von
40 den Teilnehmern der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen
41 sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von
42 ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die
43 Gewalt sein. Für näheres siehe: [https://www.unfallkasse-
44 nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-
45 513.html](https://www.unfallkasse-nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-513.html)

46 Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die

47 Einsatzkräfte am Ort des Geschehens behindern und so das Gefahrenpotenzial für
48 Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind keine Garantie mehr, nicht
49 selbst Opfer von Gewalt zu werden.

50 In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es
51 bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der
52 Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt.
53 Einsatzorganisationen müssen stets auf neue Umstände wie den Klimawandel oder
54 demografische Entwicklungen reagieren. Längerfristige Planungen, auf zehn oder
55 zwanzig Jahre, sind dagegen schwer möglich, da sich Katastrophen (Hochwasser,
56 Starkregen, Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen.
57 Und nicht zuletzt sorgt auch die SARS-Covid-19-Pandemie für erhebliche
58 Belastungen für die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von
59 Ehrenamtlichen.

60 (Siehe: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.shtml#)
61 [tml#](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.shtml#)) Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren
62 veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die
63 Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich
64 effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

65 **BESCHLUSS:**

66 Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

67 Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine
68 zielgerichtetere Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der
69 ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- 70 • Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für
71 Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum
72 besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen (s. unten) und

- 73 weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in
74 Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.
- 75 • Erweiterung des Strafgesetzbuches um eine Zusatzziffer § 126. StGB
76 (Schwere Sachbeschädigung) bei Beschädigung, Vandalismus oder
77 Brandstiftung an der Infrastruktur.
78 Neu: “ (3) Wer mutwillig durch die Tat an der Sache, dessen Folge die
79 unwiederbringliche Inbetriebnahme von einzelnen Einrichtungen und
80 Gerätschaften, die dem Zweck der Gefahrenabwehr oder Erhaltung
81 menschlichen Lebens dienen, herbeiführt, ist mit einer Freiheitsstrafe
82 mindestens sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.”
 - 83 • Entwicklung einer gemeinsamen Info-Kampagne des Innenministeriums mit dem
84 Bundesverband Rettungsdienst, Bergrettungsdienst, Zivilschutzverband
85 Österreich, Polizei und den Medien des ORF nach dem Vorbild aus
86 Deutschland. Ziel der Kampagne ist es, Interessierte zu motivieren und
87 Gewalt gegen Einsatzkräfte zu sensibilisieren.
88 Siehe <https://sicherheit.bund.de/> Die Förderung des Ehrenamts darf und kann
89 nicht allein die Aufgabe der Freiwilligenorganisationen selbst sein. Die
90 ehrenamtlichen Einsatzorganisationen handeln im Allgemeininteresse und
91 daher ist die Förderung des Ehrenamts - insbesondere die Motivierung zum
92 und die Werbung für ehrenamtliches Engagement - eine (teil-)staatliche
93 Aufgabe.
 - 94 • Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen
95 Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt Großteils ehrenamtlich gestützten
96 System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und besserer Bedarfsdeckung mit
97 Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.
 - 98 • Um die Nachwuchssorgen zu bekämpfen und bei der Mitgliedergewinnung zu
99 unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr-

100 und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der
101 Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler
102 Strukturen (z. B. Ferienprogramme von Gemeinden ein), welche die Arbeit
103 von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder & Jugendliche
104 veranschaulichen und erlebbar machen.

- 105 • Vergünstigungen für Ehrenamtliche bei Nachweis der Tätigkeit durch
106 Dienstaussweise o. ä. (z.B. vergünstigte Eintritte in Kommunalbetrieben wie
107 Freibäder, Ermäßigung Klimaticket, Museen und Kulturstätten.
- 108 • Stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Bewerbungen in
109 öffentlichen und landesbeteiligten Unternehmen bzw. bei Aufnahmetests für
110 Studenten (z.B. Medizinstudium)
- 111 • Digitalisierte Abarbeitung und Dokumentation von Einsätzen soll in diesem
112 Bereich flächendeckend verfügbar werden. Tools auf Tablet-PCs reduzieren
113 die Zettelwirtschaft und sorgen für eine flüssigere
114 Informationsbeschaffung. Im Fall des Rettungsdienstes kann so auch der
115 Fokus vermehrt auf das Wesentliche des Einsatzes gelegt werden, nämlich
116 auf die zu betreuenden Patient_innen. Eine Ankaufsaktion von Tablets über
117 die Bundesbeschaffung ist hier sinnvoll. Wichtig dabei ist es vor allem,
118 bei diesem Transformationsprozess die Ehrenamtlichen nicht zu bevormunden,
119 sondern sie zwischen verschiedenen Varianten wählen zu lassen.
120 Digitalisierung darf kein Zwang werden, sondern soll eine attraktive
121 Option werden.

Antragsteller:innen: Sophie Hrnccek, Silvio Junger

Der Bundeskongress möge beschließen:

EIN FREIES EUROPA FÜR ALLE

1 Situiert zwischen Russland, der Ukraine, Polen, Litauen und Lettland im Osten
2 Europas liegt der Binnenstaat Belarus, welcher 1991 zur Republik ausgerufen
3 wurde, aber seit 1994 von einem Mann, Alexander Lukaschenko, regiert wird. Heute
4 gilt das System des Präsidenten als Autokratie mit eindeutigen Einschränkungen
5 liberaler und demokratischer Grundrechte. Das harte Vorgehen Lukaschenkos gegen
6 Kritiker des Regimes und die Opposition zeigt den mangelnden Respekt vor
7 rechtsstaatlichen Grundrechten sowie demokratischen Werten, ersichtlich an der
8 Wiedereinführung der Todesstrafe bei Hochverrat³. Auch die prorussische
9 Orientierung und die starke Unterstützung des russischen Angriffskrieges in der
10 Ukraine zeigen klar die Ausrichtung der Diktatur¹.

11 Als Resultat der manipulierten Wahlen des 9. Augusts 2020 begann eine noch
12 stärkere Unterdrückung der Oppositionellen, die ca. eine halbe Million
13 Belarus:innen zur Flucht gezwungen hat. Egal ob sie Migrant:innen, Diaspora oder
14 Flüchtlinge sind, stehen die im Ausland lebenden Belarus:innen vor einer
15 gemeinsamen Herausforderung, die sich aus dem Grund ergibt, warum sie ihr Land
16 verlassen haben. Wie Bürgerrechtlerin und Oppositionskandidatin Zichanouskaja
17 vor dem EU-Parlament 2023 gesagt hat: „Europe is where we come from. And it’s
18 where we are headed.”².

19 Die meisten von diesen 500.000 Belarus:innen in Europa können nicht sicher nach
20 Belarus reisen. Seit diesem September ist es jedoch nicht mehr möglich, einen
21 Reisepass im Ausland zu erneuern. Das bedeutet, sie müssen nach Belarus
22 zurückkehren, um diesen zu erlangen, was den rechtlichen Status von
23 Hunderttausenden Belarus:innen, Europäer:innen, gefährdet. Polen, Lettland und

24 Litauen stellen bereits lebensrettende Visa und Reisegenehmigungen aus, um
25 fliehenden Belarus:innen zu helfen².

26 Die demokratische Bewegung in Belarus arbeitet seitdem daran, nationale
27 belarusische Pässe auszustellen. Dieses Dokument soll so als Reisedokument und
28 Bestätigung der Staatsbürgerschaft dienen, für Belarus:innen, die im Exil leben.
29 Als Beispiel werden die baltischen Staaten herangezogen, die während der
30 sowjetischen Besatzung ihre Pässe im Exil ausgestellt haben². Für Belarus als
31 europäisches Land soll hier Unterstützung von EU-Ländern kommen, die diese
32 Dokumente anerkennen um es belarusischen Staatsbürger:innen zu ermöglichen, frei
33 in Europa leben zu können.

34 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS begrüßen die Initiative der Ausstellung von
35 Pässen der demokratischen Bewegung in Belarus und fordern die Anerkennung dieser
36 innerhalb der EU.

37 Lukaschenko muss zur Rechenschaft gezogen werden und die belarusischen
38 Flüchtlinge müssen eine Chance bekommen, ebenfalls als freie Europäer:innen
39 leben zu dürfen. Die Einschränkung der liberalen und demokratischen Grundrechte
40 erachten wir JUNOS – Junge liberale NEOS als verheerend und unterstützen die
41 europäische Aussicht Belarus'. Kurzfristig wird das den Geflüchteten helfen, ihr
42 Leben im Exil, ohne rechtliche Gefährdung, zu leben. Langfristig soll das einer
43 Demokratisierung des Landes helfen als auch einer Integration Belarus' in die
44 Europäische Union unter anderem durch einen erleichterten Zugang zum
45 Arbeitsmarkt wie bei Ukrainischen Geflüchteten.

46 ¹ <https://osteuropa.lpb-bw.de/belarus-demokratie-rechtsstaatlichkeit>

47 ² <https://tsikhanouskaya.org/en/events/news/d0dda672878e974.html>

48 ³ Auslegung ist Sache der Gerichte: Belarus führt Todesstrafe bei Hochverrat ein
49 - n-tv.de

Antragsteller: Julian Fritsch, Lukas Schobesberger

Der Bundeskongress möge beschließen:

RUHE IN FREIHEIT

- 1 In Österreich herrscht Bestattungspflicht. Es unterscheidet sich allerdings von
2 Bundesland zu Bundesland, wie diese ausgestaltet ist und welche Möglichkeiten
3 der Bestattung es gibt. Während in anderen Ländern moderne Bestattungsarten wie
4 Natur- oder Diamantbestattungen bereits etabliert sind, sind im Großteil
5 Österreichs nur Erd- und Feuerbestattungen mit Beisetzung in Friedhöfen erlaubt,
6 andere Formen bestenfalls mit erheblichem Bürokratieaufwand oder in Form
7 gesetzlicher Graubereiche. Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern daher eine
8 Liberalisierung der zulässigen Bestattungsarten. Solange der Wille des/der
9 Verstorbenen sowie die Pietät gewahrt werden und keine sanitären Bedenken
10 bestehen, soll nicht der Staat vorgeben, welche Formen der Bestattung infrage
11 kommen.
- 12 Zudem ist derzeit stark eingeschränkt, wo Bestattungen stattfinden dürfen. Wir
13 Junge liberale NEOS – JUNOS plädieren für mehr Freiheit bei der Wahl des
14 Bestattungsorts, solange die Liegenschaftseigentümer:innen ihr Einverständnis
15 geben. So kann potenziell auch zunehmendem Flächenverbrauch durch Friedhöfe
16 etwas entgegengesetzt werden. Insbesondere soll es auch unkompliziert möglich
17 sein, dass Angehörige eine Urne zu Hause aufbewahren, und nicht de facto
18 automatisch Friedhofsgebühren zahlen müssen.
- 19 Bei vielen Entscheidungen im Rahmen von Bestattungen, wie etwa der Wahl des
20 Bestattungszeitpunkts oder des Aufbahrungsorts, gelten standardmäßig sehr
21 strikte Vorgaben, für die bei Abweichungen sehr willkürlich Bewilligungen durch
22 Bürgermeister:innen, Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften oder Landesregierungen

- 23 benötigt werden. Hier sollten einheitlichere und nachvollziehbare
- 24 Zuständigkeiten geschaffen werden, die Bestattungen unabhängiger von politischen
- 25 Entscheidungsträger:innen machen.

Antragsteller: Daniel Szankovich, David Burits, Siegfried Plescher

Der Bundeskongress möge beschließen:

ENDE DER BUCHPREISBINDUNG

- 1 Momentan liegt der Preis eines Buches fest in der Hand der Verleger. Der Anteil
- 2 am Buchpreis für den Autor beträgt zum Beispiel 5%, für den Versand ganze 10%
- 3 und für mögliche „Rabatte“ bleiben 10% übrig, von denen der Endkonsument
- 4 in den meisten Fällen nichts abbekommen wird.

- 5 Faktisch bestimmen die Verleger darüber, welches Buch wir zu welchem Preis
- 6 kaufen werden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in Ländern wie
- 7 Deutschland oder Frankreich, existiert eine Buchpreisbindung, zu Lasten der
- 8 Endverbraucher.

- 9 Auch Studenten von Lehrgängen wie beispielsweise Rechtswissenschaften, leiden
- 10 unter den von einzelnen Verlegern festgelegten Preisen für Rechtsmaterial,
- 11 obwohl der Druck in einem Copy-Shop oftmals nur ein Viertel davon kosten würde.

- 12 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Abschaffung der
- 13 Buchpreisbindung in Österreich ein.

- 14 Durch die Abschaffung würden die Preise der Bücher vom freien Markt bestimmt
- 15 werden, was dazu führen würde, dass durch das Prinzip von „Angebot-und-
- 16 Nachfrage“ es bei einigen Büchern zu günstigeren Preisen für den
- 17 Endverbraucher kommen könnte.

- 18 Das Argument der Buchpreisbindung, es würde das Buch als Kulturgut schützen,
- 19 hat bei der heutigen Vielzahl an Werken, welche meist primär der Unterhaltung
- 20 dienen, nicht wirklich Relevanz. Des Weiteren, würde man diesen Gedanken

21 weiterdenken, müssten auch Musik/Bilder/Filme/usw. einer Preisbildung
22 unterliegen, da diese indirekt auch ein gewisses „Kulturgut“ sind. Und
23 selbst wenn Buchklassiker, wie Marx, nur circa 8€ kosten, so gibt es trotz
24 verschiedener Verleger nicht die Möglichkeit, beispielsweise aus einem
25 billigeren Modell mit z.B. einfacherem Einband zu wählen.

26 Die deutsche Monopolkommission fordert ebenfalls das Ende der Buchpreisbindung.
27 Der internationale Vergleich zeigt, dass das Buchangebot durch die Preisbindung
28 nicht größer wird. In Frankreich etwa gibt es eine Preisbindung, aber es wird
29 wenig verlegt als im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien.

30 In Großbritannien wurde die Buchpreisbindung 1995 abgeschafft. Jährlich finden
31 zahlreiche neue Titel den Weg in die Verkaufsregale, Tendenz steigend.

32 Abschließend stellt sich besonders bei E-Books die Frage, inwieweit eine solche
33 Preisbindung aufgrund fehlender Komponenten wie Druck und Versand argumentierbar
34 ist. Zwar sind E-Books aufgrund dieser fehlenden Komponenten billiger als
35 physische Bücher, jedoch bekommt der Autor für ein E-Book nicht mehr
36 Tantiemen, auch wenn die freigewordenen Margen dies zulassen würden.

Antragsteller:innen: Gabriel Paulus, Oleksa Woloschtschuk, Marvin Feigl, Terence Nwaeke, Doris Gherasim

Der Bundeskongress möge beschließen:

DEMOGRAPHY IS DESTINY – FÜR EINEN LIBERALEN PRONATALISMUS!

1 Demography is destiny - und niedrige Geburtenraten drohen, zum gefährlichsten
2 globalen Supertrend des 21. Jahrhunderts zu werden.

3 Die Geburtenrate in Österreich und der EU befindet sich auf einem historisch
4 niedrigen Niveau. Diese Entwicklung muss ausgebremst werden. Dabei darf das
5 Thema nicht von ideologischen Extrempositionen vereinnahmt werden, die Freiheit
6 einschränken oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen. Nur breiter
7 gesellschaftlicher Konsens und die Wahrung der Freiheit des Einzelnen wird eine
8 nachhaltige Trendwende erlauben. Daher müssen wir auf positive Anreize und
9 Bewusstseinsbildung setzen, um eine freie und familienfreundliche Zukunft zu
10 gestalten.

11 DER GLOBALE EINBRUCH

12 Wie steht es um die Geburtenzahlen in Österreich, Europa und global? In
13 Österreich liegt die Geburtenrate im Jahr 2024 bei ca. 1,32 Kindern pro Frau,¹
14 weit unterhalb des für den Bevölkerungserhalt nötigen Wertes von 2,1. Dies
15 spiegelt die allgemeine Lage in Europa wieder, wobei auch viele Länder mit
16 traditionell höheren Geburtenraten wie die Türkei (1,5)² und Indien (1,9)³
17 ähnliche Rückgänge verzeichnen. Derzeit entsteht 90% des globalen BIP - und wohl
18 auch der globalen Innovation - in Ländern mit einer Geburtenrate unter 2.⁴
19 Besonders bedrohlich ist vor allem auch die Geschwindigkeit des globalen
20 Geburteneinbruchs: So fiel allein zwischen 2015 und 2023 die Geburtenrate in

21 Chile von 1,78 auf 1,14, in Großbritannien von 1,79 auf 1,45, in Argentinien von
22 2,24 auf 1,35 oder in Südkorea von 1,24 auf 0,72.⁵ Eine Trendumkehr ist nicht
23 in Sicht. Hingegen werden höhere Geburtenüberschüsse nach wie vor insbesondere
24 in Sub-Sahara-Afrika sowie Zentralasien verzeichnet.

25 **RISIKEN UND AUSWIRKUNGEN EINER NIEDRIGEN GEBURTENRATE**

26 Eine niedrige Geburtenrate bedroht langfristig die ökonomische Stabilität und
27 Innovationskraft einer Gesellschaft. Für Europa geht es nicht nur um die
28 Finanzierbarkeit von Rentensystemen, sondern auch um die Frage, ob unsere
29 Gesellschaft in der Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch bestehen
30 kann. Während sich im Jahre 1900 der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch
31 auf 25% belief, wird dieser bereits im Jahr 2050 voraussichtlich auf unter 7,5%
32 sinken.⁶

33 • Es ist klar, dass niedrige Geburtenraten in der EU in keinem Fall durch
34 mehr Einwanderung kompensiert werden können. Zum einen wird sich der
35 Mangel an Menschen allein in Europa auf hunderte Millionen Menschen
36 belaufen. Auch in anderen Ländern/Regionen mit sehr niedrigen
37 Geburtenraten wie der VR China, Westasien oder dem gesamten amerikanischen
38 Kontinent wird der wirtschaftliche Druck zur Aufnahme größerer Zahlen von
39 Einwanderern oder temporären Arbeitskräften steigern, während die Länder
40 mit Arbeitskräfteüberschuss immer weniger werden.

41 • Darüber hinaus ist anzuerkennen, dass die Aufnahme einer kritischen Anzahl
42 an Einwanderern, insbesondere jenen aus kulturell weiter entfernten
43 Regionen, in Europa bereits jetzt zu großen politischen Spannungen führt
44 und weder als wirtschaftlich noch gesellschaftlich nachhaltig betrachtet
45 werden kann.

46 • Im Ergebnis ist die Tendenz eines globalen Bedeutungsverlusts liberaler

47 Demokratien und Bevölkerungsgruppen vis-à-vis “konservativerer” und
48 kinderreicherer Länder und Bevölkerungsgruppen sowohl global als auch
49 landesintern anzuerkennen.

50 **MASSNAHMEN FÜR EINE DEMOGRAPHISCHE ERNEUERUNG**

51 Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate zu ergreifen,
52 die auf wirtschaftliche Anreize und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung
53 von Eltern abzielen. Anzuerkennen ist, dass die Geburtenrate in deutlich höherem
54 Maß von gesellschaftlichen als von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist.
55 Dennoch kann auch durch wirtschaftliche Anreize zumindest ein wichtiger, erster
56 Schritt zur Ausbremsung des aktuellen Trends gesetzt werden. Langfristig ist
57 jedoch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für Familien anzustreben.

58 Die Geburt eines Kindes bewirkt enorme positive Externalitäten für die
59 Gesellschaft, leider aber hohe Kosten bei den Erziehungspflichtigen. Es ist die
60 Aufgabe liberaler Politik, diese Art von Marktversagen zu adressieren. Mögliche
61 wirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichts sind z.B.

- 62 • Steuersenkungen und/oder Steuersplitting für beide Erziehungsberechtigten,
63 z.B. nach französischem Vorbild. Dadurch soll insbesondere die arbeitende
64 Mittelschicht entlastet werden;
- 65 • die Vergabe von großzügigen zinsfreien Wohnraumkrediten pro Kind, je nach
66 örtlichen Umständen;
- 67 • der Ausbau von Betreuungsangeboten;
- 68 • Flexibilisierung (im weiteren Sinne) der Arbeitswelt, damit Eltern Beruf
69 und Familie besser vereinbaren können, beispielsweise in Hinblick auf
70 Elternkarenz, Home Office, Arbeitszeitflexibilisierung und weiteren. Dabei
71 ist uns wichtig, dass Angebote gleichermaßen von Müttern und Vätern
72 angenommen werden können. Generell sollen derartige Angebote die

73 persönliche und unternehmerische Freiheit erhöhen.

74 Weitere nicht-wirtschaftliche Maßnahmen inkludieren:

- 75 • Aufklärung über Fertilität für junge Menschen, um eine realistische
76 Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Fertilität sowie der Chancen
77 und Grenzen technischer Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Studien zeigen, dass
78 junge Menschen tendenziell ihre Fertilität stark überschätzen.⁷
- 79 • Eine allgemeine Bewusstseinsbildung über die Bedeutung dieses Themas für
80 unsere Gesellschaft. Im Idealfall sollte dies auch zu einer höheren
81 gesellschaftlichen Anerkennung für die Elternrolle, insb. für Mütter,
82 führen. Es ist anzunehmen, dass der „kulturelle“ Faktor das größte
83 Potenzial für eine demographische Trendwende bietet.

84 Wir lehnen konsequent Maßnahmen ab, die die individuelle Freiheit einschränken
85 oder stark polarisierende moralische Debatten entfachen. Dies wäre z.B. bei
86 Einschränkungen des Zugangs zu Abtreibungen, dem zwanghaften Versuch der
87 Rückgängigmachung der erhöhten Arbeitsmarktintegration von Frauen oder der
88 Benutzung historisch behafteter bzw auf sonstige Weise spalterischer Rhetorik
89 der Fall. Solche Maßnahmen würden nur zu starken gesellschaftlichen Spaltungen
90 und einer Gegenreaktion führen, die das eigentliche Ziel der Geburtensteigerung
91 konterkarieren würde. Stattdessen müssen wir auf einen breiten
92 gesellschaftlichen Konsens setzen, der die individuelle Freiheit vergrößert und
93 positiv besetzt ist.

94 So zeigen Studien aus Spanien,⁸ dass die gewünschte Anzahl an Kindern hoch
95 genug ist, um eine stabile Bevölkerung zu gewährleisten. Das Ziel darf damit auf
96 keinen Fall das „Aufdrängen“ einer Elternrolle in Fällen sein, in denen diese
97 ausdrücklich nicht gewünscht oder möglich ist. Vielmehr ist es das Ziel, die
98 Steine aus dem Weg räumen, die aktuell den Kinderwunsch oder den Wunsch nach

99 einer höheren Kinderanzahl erschweren.

100 **FÜR EINEN LIBERALEN PRONATALISMUS!**

101 Die Steigerung der Geburtenrate in der EU ist ein gemeinsames Interesse aller
102 Menschen, die sich ein stabiles und starkes Europa wünschen. Unsere Vision ist
103 eine Gesellschaft, die die Gründung und den Erhalt von Familien aktiv
104 unterstützt, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beschneiden. Ein liberaler
105 Pronatalismus, der das Schaffen von Möglichkeiten und nicht das Einschränken von
106 Rechten in den Vordergrund stellt, ist entscheidend – durch wirtschaftliche
107 Anreize, kulturelle Wertschätzung und positive Zukunftsbilder. Nur so können wir
108 langfristig wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden sichern.

109 ¹ [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrat-
110 e-in-oesterreich/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrate-in-oesterreich/)

111 ² [https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-
112 looming-demographic-crisis](https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-
112 looming-demographic-crisis)

113 ³ <https://www.cia.gov/the-world-factbook/field/total-fertility-rate/>

114 ⁴ <https://x.com/MoreBirths/status/1793394520727429326>

115 ⁵ <https://x.com/MoreBirths/status/1821360554293825719>

116 ⁶ <https://www.theworldcounts.com/populations/continents/europe>

117 ⁷ <https://x.com/MoreBirths/status/1803038097636024594>

118 ⁸ <https://www.demographic-research.org/volumes/vol51/19/51-19.pdf>

Antragsteller:innen: Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Fabienne Lackner, Sophie Wotschke

Der Bundeskongress möge beschließen:

MEHR FREIHEIT IM ALTER: WEG MIT DER DOPPELBELASTUNG FÜR ZUVERDIENSTE

1 In einer alternden Gesellschaft ist es von besonderem Interesse, die Potenziale
2 älterer Menschen bestmöglich zu nutzen und sie in die Arbeitswelt zu
3 integrieren. Die bestehende Verpflichtung, Pensionskassenbeiträge bei
4 Erwerbstätigkeit auch nach Erreichen des Regelpensionsalters zu leisten, stellt
5 eine unnötige Belastung dar und ist sachlich ungerechtfertigt. Viele
6 Pensionistinnen und Pensionisten sind motiviert, weiterhin am Arbeitsmarkt
7 teilzunehmen, werden jedoch durch bürokratische und finanzielle Hindernisse
8 daran gehindert. Bis zum Ende dieses Jahres entfallen zwar die Pensionsbeiträge
9 auf Zuverdienste bis zur doppelten Geringfügigkeitsgrenze¹, das reicht jedoch
10 nicht! Wir wollen, dass Pensionist:innen gar keinen Pensionskassenbeitrag mehr
11 zahlen.

12 BESEITIGUNG VON DOPPELBELASTUNGEN

13 Mit dem Erreichen des Regelpensionsalters haben Arbeitnehmerinnen und
14 Arbeitnehmer über viele Jahrzehnte Beiträge zur Pensionsversicherung geleistet,
15 um ihre Alterssicherung zu gewährleisten. Es ist daher nicht nachvollziehbar,
16 dass eine Person, die bereits Anspruch auf eine volle Alterspension hat,
17 weiterhin mit Pensionskassenbeiträgen belastet wird, obwohl sie keine
18 zusätzliche Pensionsleistung erwartet. Diese Doppelbelastung ist weder gerecht
19 noch wirtschaftlich sinnvoll.

20 STÄRKUNG DER EIGENVERANTWORTUNG UND WIRTSCHAFTLICHEN

21 **FREIHEIT**

22 Wir setzen uns für ein liberales und zukunftsorientiertes Pensionssystem, das
23 auf Eigenverantwortung und Anreize setzt, anstatt auf Zwang und unnötige
24 Regelungen. Ein kompletter Entfall der Pensionskassenbeiträge bei Zuverdienst
25 stärkt die wirtschaftliche Freiheit von Pensionistinnen und Pensionisten ihre
26 Entscheidung zur Erwerbstätigkeit zu erleichtern und so die Eigenverantwortung
27 fördern.

28 **FACHKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN**

29 Die österreichische Wirtschaft kämpft in vielen Bereichen mit einem akuten
30 Fachkräftemangel. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten mit ihrer
31 Erfahrung und ihrem Wissen eine wertvolle Ressource darstellen. Der Wegfall der
32 Pensionskassenbeiträge würde ein zusätzliches Anreizsystem schaffen, diese
33 Potenziale zu aktivieren und älteren Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt
34 zu erleichtern.

35 **DESHALB FORDERN WIR:**

- 36 • Die Pflicht zur Zahlung von Pensionskassenbeiträgen für Zuverdienste bei
37 regulärer Alterspension wird vollständig abgeschafft.
- 38 • Dies betrifft alle Erwerbstätigen, die das Regelpensionsalter erreicht
39 haben und eine reguläre Alterspension beziehen.
- 40 • Die Entlastung der Pensionistinnen und Pensionisten durch den Entfall der
41 Beiträge soll den Anreiz zur Weiterarbeit erhöhen, ohne den
42 Pensionsanspruch zu schmälern.

43 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS sind überzeugt, dass diese Reform notwendig ist,
44 um mehr Flexibilität und Gerechtigkeit für Pensionistinnen und Pensionisten zu
45 schaffen und den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken. Die Abschaffung der

46 Pensionskassenbeiträge für Zuverdienst ist ein logischer Schritt hin zu einem
47 liberaleren und zukunftsfähigen Pensionssystem, das sowohl den individuellen
48 Bedürfnissen als auch den volkswirtschaftlichen Herausforderungen Rechnung
49 trägt.

50 ¹ Stand 12.10.2024: 518,44 € mal 2 also 1036,88€ (davon 10,25 % PK-Beitrag =
51 106,28 €

Antragsteller: Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske

Der Bundeskongress möge beschließen:

LASST UNS STATT DEM STAAT DIE KRISE SPÜREN!

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige
10 Investitionen benötigen wird.

11 **AUSGANGSLAGE:**

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer

22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle
27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

28 **AKTUELLE SITUATION:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die

49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

53 (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158)

54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

58 **1. NATIONALSTAATLICHE EBENE:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation
61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.
63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die
66 Inflation nur noch weiter an.

67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

71 **2. EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,

74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch
75 danach verhinderte ihr zaghafte Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. (<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whyipi.pdf>) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen
78 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die
79 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,
80 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.
81

82 **FORDERUNGEN:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

86 **NATIONALSTAATLICHE EBENE:**

- 87 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern
95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur
97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation
98 kontraproduktiv.
- 99 • Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die

- 100 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente
101 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.
- 102 • Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte
103 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.
104 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die
105 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
 - 106 • Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-
107 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum
108 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland
109 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel
110 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss
111 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine
112 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den
113 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,
114 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
 - 115 • Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,
116 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche
117 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
 - 118 • Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,
119 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise
120 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

121 **EU-EBENE:**

- 122 • Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines
123 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in
124 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.
125 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während

126 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten
127 Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele
128 vorzuziehen.

129 • Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute
130 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen
131 für die Union zu beschaffen.

132 • Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise
133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

136 **EZB:**

137 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.

146 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.

149 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine

152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu
153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden
156 werden.

Antragsteller: Jakob Dirnböck, Julian Fritsch

Der Bundeskongress möge beschließen:

REFORM DES NOTARIATSWESENS

1 Wie viele Bestandteile des österreichischen Rechts- und Verwaltungssystems ist
2 auch das Notariatswesen in vielerlei Hinsicht veraltet und überbordend
3 bürokratisch. Während es in anderen Ländern nicht einmal überall Notar:innen
4 gibt, ist in Österreich die notarielle Einbindung in unterschiedlichen Bereichen
5 oft sogar vorgeschrieben, was für die Menschen mitunter zu einem hohen
6 organisatorischen Aufwand und erheblichen Kosten führt.

7 **ABSCHAFFUNG DER NOTARIATSPFLICHT**

8 Unternehmensgründungen, Immobiliengeschäfte und Vorsorgevollmachten haben eines
9 gemeinsam: Sie bedürfen der notariellen Einbindung. Obwohl sich heutzutage viele
10 Betroffene lieber durch ihre:n Rechtsanwält:in beraten lassen, ist zumindest
11 formal die Einbeziehung einer Notarin oder eines Notars notwendig.

12 Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern den weitgehenden Entfall der
13 verpflichtenden notariellen Einbindung, um etwa Gründungsprozesse zu
14 vereinfachen und entbehrliche bürokratische wie finanzielle Hürden abzubauen.
15 Notar:innen sollen sich im Bereich der Rechtsberatung einem fairen Wettbewerb
16 stellen müssen und nicht länger einen Vorteil durch gesetzliche Vorgaben
17 genießen.

18 Zudem sollen Möglichkeiten geprüft werden, um einen einfachen Zugang zu
19 elektronischen Beglaubigungen ohne Einbindung eines/einer Notar:in zu schaffen.

20 **MODERNE DIENSTLEISTER:INNEN**

21 Da Notar:innen derzeit in vielen Belangen hinzugezogen werden müssen, sind diese
22 oft überlastet, was für Mandant:innen zu einer erhöhten zeitlichen wie
23 finanziellen Belastung führt. Im Vergleich zu anderen Branchen sind notarielle
24 Dienstleistungen noch sehr traditionell und wenig an die digitale Realität des
25 21. Jahrhunderts angepasst.

26 Um notarielle Leistungen besser zugänglich zu machen, sollen digitale
27 Notariatsdienste ermöglicht und ausgebaut werden. Insbesondere soll die
28 Möglichkeit des digitalen Notariatsakts auf alle Rechtsbereiche ausgeweitet
29 werden. Private Initiativen zur Digitalisierung des Notariatswesens sind aus
30 unserer Sicht zu begrüßen.

31 Notargebühren bemessen sich etwa bei der Beglaubigung von Immobilien-
32 Kaufverträgen und Grundbucheintragungen nicht an der Leistung des/der Notar:in,
33 sondern am Kaufpreis der Immobilie. Obwohl der Aufwand sich für den/die Notar:in
34 nicht unterscheidet, steigen die absoluten Kosten für die Klient:innen mit dem
35 Preis der Immobilie enorm. Wir fordern daher die Entkoppelung der Notarkosten
36 vom Immobilienwert.

37 Außerdem treten wir für eine Abschaffung aller Gebühren auf schriftliche
38 Verträge ein, um notarielle Leistungen günstiger zu machen und Bürger:innen
39 sowie Unternehmen zu entlasten.

40 **DEREGULIERUNG UND HARMONISIERUNG**

41 Das Notariatswesen ist aktuell auch insofern stark reguliert, dass es nur eine
42 begrenzte Menge an Notariatsstellen gibt, deren Lage an bestimmte
43 Notariatssprengel gebunden ist. Möglichkeiten werden hier nicht durch Wettbewerb
44 geschaffen, sondern auf dem Verordnungsweg durch die Regierung eingeschränkt.

45 Um den Wettbewerb zwischen Notar:innen voranzutreiben, fordern wir, dass die
46 Anzahl sowie die örtliche Lage der Notariatsstellen nicht länger staatlich

47 vorgegeben werden. Alle, die die Voraussetzungen für die Ernennung als Notar:in
48 erfüllen, sollen eine Notariatsstelle antreten und – unabhängig vom Ort - auch
49 eine Notariatskanzlei eröffnen können. Die Bildung von Notar-Partnerschaften
50 soll außerdem nicht länger von der Genehmigung durch die lokale Notariatskammer
51 abhängen.

52 Das Notariatswesen soll innerhalb der Europäischen Union möglichst harmonisiert
53 werden, um grenzüberschreitende notarielle Dienstleistungen zu erleichtern und
54 zu standardisieren.

Antragsteller:innen: Lorenz Horvath, Peter Berry, Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Manuel Grubmüller, Naemi Häfeli, Roman Haller, Silvio Junger, Johannes Sablatnig, Tobias Krammer, Fabienne Lackner, Julius Lajtha, Moritz Mairhofer, Bastian De Monte, Rosemarie Newil, Gabriel Paulus, Philipp Pichler, Moritz Rettenbacher, Alina Schlenz, Felix Schnabl

Der Bundeskongress möge beschließen:

AM TISCH STATT AUF DER SPEISEKARTE – NATO-BEITRITT ÖSTERREICHS!

- 1 Der russische Einmarsch in die Ukraine stellt einen scharfen Wendepunkt in der
- 2 Geopolitik und Sicherheitspolitik Europas dar. Täglich erreichen uns
- 3 erschreckende Berichte über russische Kriegsverbrechen an der ukrainischen
- 4 Zivilbevölkerung. Eindeutig ist, dass es in diesem Konflikt keine Neutralität
- 5 geben kann und die europäische Gemeinschaft, so wie wir sie kennen, auf dem
- 6 Spiel steht. Länder wie Finnland und Schweden haben genau dies erkannt und sich
- 7 daher dazu entschieden, von ihrer Neutralität abzuweichen, um ihre Sicherheit
- 8 gemeinsam mit europäischen und transatlantischen Partnern zu organisieren. Wir
- 9 wollen, dass Österreich es ihnen gleich tut.

- 10 NATO-Mitgliedstaaten genießen unter Artikel 5 des Nordatlantikvertrags den
- 11 Beistand aller anderen Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs. Ein
- 12 neutraler Staat genießt diese Schutzgarantie hingegen nicht. Neutrale Staaten -
- 13 von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden im Zweiten Weltkrieg bis hin zu eben
- 14 zuletzt der Ukraine - wurden in der Geschichte immer wieder angegriffen. Darüber
- 15 hinaus verlor das völkerrechtliche Institut der Neutralität durch Einführung des
- 16 Gewaltverbots in Art 2 (4) UN-Charta sein Alleinstellungsmerkmal zum Schutz der
- 17 territorialen Souveränität.

- 18 Die österreichische Sicherheitspolitik beruht derzeit auf dem Papier auf einer
- 19 überholten Vorstellung der Neutralität, de facto jedoch auf der Rolle des

20 Trittbrettfahrers, der hofft, dass andere Staaten jegliche Bedrohungen für den
21 europäischen Kontinent zurückstoßen, bevor sie Österreich erreichen können. Denn
22 im Norden, Osten und Süden ist Österreich von NATO-Mitgliedstaaten umgeben.
23 Unsere Republik leistet also einen sehr geringen Beitrag zur Sicherheit des
24 europäischen Kontinents.

25 Die österreichische Neutralität war zu ihrer Entstehung nach dem Zweiten
26 Weltkrieg ein selbstaufgelegtes, nur Österreich selbst bindendes, Zugeständnis
27 an die Sowjetunion, um die Unabhängigkeit Österreichs von den Besatzungsmächten
28 zu erwirken. Heute muss Österreich aber als souveräner Staat agieren, ein klares
29 Bekenntnis zu Frieden und Freiheit innerhalb der liberalen internationalen
30 Ordnung abgeben und darf sich nicht länger hinter der Neutralität verstecken.

31 Dass ein einzelnes europäisches Land in der Lage wäre, sich effektiv gegen einen
32 fremden Angriff zu wehren, ist mehr als nur zweifelhaft. Österreich ist es
33 jedenfalls nicht. Eine verstärkte Sicherheitskooperation, auch im Hinblick auf
34 Effizienzsteigerung durch bessere Koordination zwischen den militärischen
35 Strukturen, ist deshalb dringend erforderlich.

36 Darüber hinaus werden die maßgeblichen verteidigungspolitischen Beschlüsse
37 bereits jetzt überwiegend in diversen NATO-Strukturen getroffen. Österreich ist
38 als kleines Land im Herzen Europas unmittelbar von diesen Entscheidungen
39 betroffen, ohne jedoch ein entsprechendes politisches Mitspracherecht zu haben.
40 Ein NATO-Beitritt stellt dabei die einzige Möglichkeit dar, Österreichs
41 sicherheitspolitische Interessen in einer immer vernetzteren Welt adäquat
42 durchzusetzen.

43 Deshalb sprechen wir JUNOS - Junge liberale NEOS uns für den frühestmöglichen
44 Beitritt der Republik Österreich zur NATO aus. Damit einher geht die
45 Verpflichtung, die Verteidigungsausgaben mittelfristig auf 2 % des BIPs zu
46 erhöhen. Selbstverständlich ist zu diesem Zweck das Neutralitätsgesetz

47 aufzuheben. Bis dieser Beitritt erfolgt, soll der Fokus des Österreichischen
48 Bundesheeres darauf liegen, enger in die bereits bestehende Militärstruktur der
49 NATO eingebunden zu werden. Dies kann sich unter anderem in der gemeinsamen
50 Beschaffung, der Einbeziehung in gemeinsame Militärübungen oder der Teilnahme an
51 Projekten wie der European Sky Shield Initiative äußern.

52 Weiters unterstützen wir ein völkerrechtliches Verständnis der qualifizierten
53 Neutralität, wonach die Neutralität im Falle einer völkerrechtlichen Aggression
54 nicht anzuwenden ist. Für ein solches Begriffsverständnis soll sich Österreich
55 auch auf internationaler Bühne entsprechend einsetzen.

56 Langfristig sehen wir nichtsdestotrotz die Notwendigkeit des Aufbaus einer
57 autarken, europäischen Sicherheitsarchitektur samt EU-Berufsmilitär innerhalb
58 der NATO, damit die Union eine strategische Unabhängigkeit von außereuropäischen
59 Partnern, wie etwa den USA, erlangt. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen in der
60 Zwischenzeit, nach deutsch-niederländischem Vorbild, die österreichischen
61 Streitkräfte schrittweise in jene unserer europäischen Partner integriert
62 werden.

63 Ebenfalls von großer Wichtigkeit ist der Aufbau eines Berufsheeres in
64 Österreich. Im Falle der Auslösung einer Beistandsklausel dürfen auf keinen Fall
65 österreichische Grundwehrdiener unfreiwillig in einen Auslandseinsatz entsandt
66 werden. Als Übergangslösung zu einem vollständigen Berufsheer gilt es hier ein
67 schrittweise immer größer werdendes Kontingent an Berufssoldaten aufzubauen.

Antragsteller:innen: Julian Fritsch, Ines Holzegger

Der Bundeskongress möge beschließen:

UNENDLICHE WEITEN: DIE JUNOS WELTRAUMSTRATEGIE

1 Die Geschichte der Raumfahrt ist eine Geschichte des Wettbewerbs und des
2 Fortschritts. Vom ersten Satelliten bis zum neuesten Mars-Rover hat unser
3 Streben nach Forschung zum Weltraum eine Fülle von Erkenntnissen hervorgebracht
4 und steht als lebendiges Zeugnis für menschliches Einfallsreichtum. Das Space
5 Race hat nicht nur die Möglichkeiten der Raumfahrt hervorgebracht, sondern auch
6 ein weltweites Interesse an Wissenschaft und Technologie entfacht.

7 Die Erforschung des Weltraums ist mit zahlreichen Herausforderungen verbunden.
8 Vielmehr bietet sie aber auch viele Chancen, darunter die Erschließung neuer
9 Ressourcen, die Weiterentwicklung moderner Technologien und potenziell sogar die
10 Aussicht auf die Ausdehnung des Lebensraums.

11 Bereits heute ist die europäische Wirtschaft stark auf die Weltrauminfrastruktur
12 angewiesen, viele Arbeitsplätze sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit
13 hängen direkt mit der Weltraumforschung zusammen. In Anbetracht dessen ist es
14 von großer Bedeutung, dass Europa seine Position stärkt und zu einer
15 maßgeblichen Akteurin in Weltraumangelegenheiten aufsteigt.

16 GEMEINSAME REGELN FÜR DEN WELTRAUM

17 Der Weltraumvertrag sowie eine Handvoll weiterer völkerrechtlicher Übereinkommen
18 bilden die Grundlage für den gemeinsamen Umgang im Weltall, wobei die aktuellste
19 Ergänzung (der Mondvertrag) aus dem Jahr 1979 kommt und das Weltraumrecht
20 insgesamt schwach und veraltet ist. Wir fordern daher, dass auf internationaler

21 Ebene neue Verträge geschlossen werden, um ungeklärte Problematiken zu regeln
22 und Rechtsunsicherheiten zu beseitigen.

23 **EIGENTUM IM ALL**

24 Die EU soll sich dafür einsetzen, dass sich Himmelskörper weiterhin nicht im
25 Eigentum von Staaten und privaten Akteur:innen befinden dürfen. Stattdessen soll
26 der Weltraum unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehen, die
27 anhand eines geregelten Verfahrens zeitlich begrenzte Nutzungs- und Schürfrechte
28 für Himmelskörper vergeben können sollen, um diese für Wirtschaft und Forschung
29 nutzbar zu machen.

30 **STVO FÜR SATELLITEN**

31 Um Zusammenstöße zwischen den zahlreichen Satelliten rund um die Erde zu
32 verhindern, müssen gemeinsame Regeln etabliert werden, die etwa definieren, wie
33 die Umlaufbahnen zwischen den Betreiber:innen koordiniert und aufgeteilt werden
34 können.

35 **PRIVATE RAUMFAHRT FÖRDERN**

36 Der private Sektor bringt zunehmend wichtige Akteur:innen im Bereich der
37 Raumfahrt hervor. Unternehmen wie SpaceX und Virgin Galactic tragen aktiv dazu
38 bei, Raumfahrttechnologie weiterzuentwickeln und den Zugang zum Weltraum
39 einfacher und günstiger zu machen.

40 Im Vergleich zu internationalen Playern wie den Vereinigten Staaten oder China
41 hinkt die europäische Raumfahrtindustrie leider stark hinterher. Wir sehen hier
42 eine große Chance in der Förderung des privaten Sektors, um kompetitiv zu
43 bleiben - insbesondere sollen auch öffentlich-privatwirtschaftliche
44 Kooperationen vorangetrieben werden.

45 **STÄRKUNG DES PRIVATEN SEKTORS**

46 Um so effizient wie möglich zu arbeiten und Innovation voranzutreiben, soll auch
47 in der europäischen Raumfahrt mehr Verantwortung auf Unternehmen übertragen
48 werden. Die ESA soll daher nicht mehr alle Projekte eigenständig abwickeln,
49 sondern vermehrt auch Aufträge an private Anbieter:innen vergeben und gemeinsame
50 Programme realisieren. Gleichzeitig sollen klare Bedingungen gestellt werden,
51 damit auch die Öffentlichkeit von diesen Kooperationen profitiert – etwa durch
52 den Zugang zu Forschungsergebnissen.

53 Zudem stehen wir selbstverständlich auch gänzlich privatwirtschaftlichen
54 Unternehmungen positiv gegenüber.

55 **BÜROKRATIE ADE, HALLO KAPITAL**

56 Neugründungen in der NewSpace Economy sollen jedenfalls begrüßt werden und daher
57 – wie im Übrigen auch andere Unternehmensgründungen - auf möglichst wenige
58 Hürden stoßen. Genehmigungsprozesse für neue Technologien sollen möglichst
59 unbürokratisch und schnell abgewickelt werden.

60 Es ist außerdem an der Zeit, dass Wagniskapital auch österreichischen
61 Raumfahrtunternehmen zugutekommt. Dazu schlagen wir ein neues Gesetz für
62 Risikokapital vor, das unter anderem steuerliche Abschreibungen bei Verlusten,
63 die Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie die
64 Fortführung von Verlustvorträgen ermöglicht.

65 **HAFTUNGSGRENZEN IN DER RAUMFAHRT**

66 Um die Entwicklung neuer Technologien in der Raumfahrtbranche zu gewährleisten,
67 sollten verbindliche Haftungsgrenzen eingeführt werden. Dies ist notwendig, da
68 Versicherungen aufgrund der sehr hohen potenziellen Risiken für Unternehmen in
69 diesem Bereich finanziell nicht tragbar sind.

70 **EUROPA IM WELTRAUM**

71 Kein europäischer Staat kann den Weltraum allein nutzen. Wenn Europa in diesem
72 Bereich an Einfluss gewinnen will, ist ein gemeinsames Vorgehen der einzige Weg
73 - die EU soll hier zu einer Hauptakteurin werden.

74 **EU x ESA**

75 Die EU und die ESA sollen in einem Vertrag ihr Verhältnis zueinander definieren,
76 auf dessen Basis die EU entscheiden kann, ob sie weiterhin ein eigenes
77 Weltraumprogramm finanzieren, oder die EU-Interessen im Weltraum durch die ESA
78 vertreten lassen möchte.

79 Die EU-Mitgliedstaaten sollen im Bereich der Raumfahrt jedenfalls enger
80 zusammenarbeiten und Ineffizienzen, die sich durch das parallele Betreiben
81 nationaler und europäischer Programme ergeben, beseitigen. Mittelfristig soll es
82 auf europäischer Ebene ein gemeinsames Raumfahrtprogramm geben, an dem alle EU-
83 Mitgliedstaaten teilnehmen.

84 **AUFWERTUNG DER ESA**

85 Österreich soll der ESA mehr Mittel zur Verfügung stellen und auch die anderen
86 EU-Mitgliedsstaaten zur verstärkten Unterstützung auffordern. Ziel muss es sein,
87 die (finanzielle) Wettbewerbsfähigkeit mit der NASA zu erreichen.

88 Das Raumfahrtzentrum Guayana soll weiterentwickelt und direkt der ESA
89 unterstellt werden. Zusätzlich möchten wir privaten Unternehmen die Möglichkeit
90 geben, dort Starts durchzuführen.

91 **EUROPÄISCHE WELTRAUMFORSCHUNG**

92 Wir fordern einen Ausbau der Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit
93 nationalen und europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen, insbesondere im
94 Bereich der nachhaltigen Raumfahrterkundung. Zusätzlich sollen Projekte zur
95 Entwicklung von Überlebenssystemen im Weltraum gefördert werden, um die

96 Sicherheit und Leistungsfähigkeit von Astronaut:innen zu verbessern.

97 Für alle EU-Mitglieder soll ein gleichberechtigter Zugang zu
98 Forschungsergebnissen aus ESA-Missionen und nationalen Raumfahrtprogrammen
99 einzelner Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

100 In Anbetracht der internationalen Abhängigkeit der Raumfahrtindustrie soll die
101 EU in Studiengängen der Weltraumforschung den Fokus auf Austauschstudierende im
102 Erasmus+ Programm erhöhen.

103 **WELTRAUMRÜSTUNG UND EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG**

104 Große Weltmächte wie Russland, China, Indien und die Vereinigten Staaten bauen
105 ihre militärischen Ressourcen im Weltraum stetig aus. Für die EU herrscht
106 dringend Handlungsbedarf, um nicht an Einfluss zu verlieren, gleichzeitig müssen
107 Regeln zur Vermeidung und Lösung von Konflikten geschaffen werden.

108 **EUROPÄISCHE WELTRAUMSTREITKRÄFTE**

109 Um die strategische Autonomie und Sicherheit Europas im Weltraum zu
110 gewährleisten, fordern wir die Gründung Europäischer Weltraumstreitkräfte nach
111 Vorbild der United States Space Force im Rahmen einer EU-Armee.

112 Gemeinsame Weltraumstreitkräfte stärken die europäische Integration, verringern
113 Abhängigkeiten von externen Akteur:innen und erhöhen die Fähigkeit der
114 Europäischen Union, eigenständig im Weltraum zu agieren und potenzielle
115 Bedrohungen abzuwehren. Zudem kann die internationale Zusammenarbeit zur Wahrung
116 globaler Sicherheitsinteressen ausgebaut werden.

117 Durch den Schutz kritischer Weltrauminfrastruktur, die Entwicklung sicherer
118 Kommunikations- und Navigationssysteme sowie einen verstärkten Fokus auf
119 Forschung im Weltraumsektor kann Europa seine technologische Führungsrolle
120 ausbauen und auch wirtschaftlich profitieren.

121 **RAKETENABWEHR MADE IN EUROPE**

122 Angesichts zunehmender Bedrohungen durch ballistische Raketen und geopolitische
123 Spannungen ist es wesentlich, dass die EU ein gemeinsames Raketenabwehrprogramm
124 startet. Bestehende Programme wie das NATO-Raketenabwehrsystem und nationale
125 Initiativen wie MEADS und SAMP/T sind bereits wichtige Schritte, auf denen
126 aufgebaut werden kann, aber es besteht weiterhin Bedarf an einer integrierten
127 Lösung.

128 Die EU sollte zudem mit ihren schärfsten diplomatischen Mitteln entschieden
129 verhindern, dass Staaten Anti-Satelliten-Waffen einsetzen.

130 **INTERNATIONALES WELTRAUMTRIBUNAL**

131 Immer, wenn Staaten die Möglichkeit hatten, neue Territorien zu erschließen,
132 führte das zu Konflikten und Instabilität aufgrund des Widerstands der
133 ansässigen Bevölkerung oder anderer Staaten, die ebenfalls Ansprüche erhoben. Um
134 Verbrechen und Streitigkeiten im Weltraum zu lösen, sollte die internationale
135 Gemeinschaft ein Tribunal einrichten, das ähnlich dem Internationalen
136 Seegerichtshof funktioniert.

137 **REDUZIERUNG VON WELTRAUMMÜLL**

138 Hunderttausende Teile Weltraummüll umkreisen die Erde und bedrohen wichtige
139 Weltrauminfrastruktur. Zudem besteht die Gefahr des Kessler-Syndroms, bei dem
140 eine Kettenreaktion von Zerstörung und weiterer Müllansammlung die
141 Erdumlaufbahnen unbrauchbar und unpassierbar machen könnte, was die Menschheit
142 auf der Erde stark einschränken würde. Daher ist es von größter Dringlichkeit,
143 die Entstehung von neuem Weltraummüll zu minimieren und Lösungen für die
144 bestehende Vermüllung zu finden.

145 **WELTRAUMMÜLL-ZERTIFIKATEHANDEL**

146 Um die Entstehung von Weltraumschrott zu reduzieren, fordern wir die Einführung
147 eines Space-Debris-Trade-System (SDTS). Dieses System erfordert, dass für jeden
148 Kilogramm Müll im Weltraum ein entsprechendes Vermüllungszertifikat vorliegt. Um
149 die Menge an Weltraummüll zu begrenzen, wird eine maximale zulässige Vermüllung
150 festgelegt, basierend auf wissenschaftlichen Einschätzungen zur
151 Kontrollierbarkeit des Kollisionsrisikos mit Müll. Das SDTS-Zertifikat muss
152 bereits beim Starten von Satelliten vorhanden sein, um die potenzielle Müllmenge
153 jederzeit zu dokumentieren. Wenn Weltraummüll entfernt wird, werden gleichzeitig
154 neue Zertifikate für die Müllentsorgung ausgestellt.

155 **BESEITIGUNG VON WELTRAUMMÜLL**

156 Die EU sollte Initiativen wie Horizon Europe erheblich unterstützen, um
157 Technologien zur Verhinderung des Kessler-Syndroms zu entwickeln, wie z.B.
158 Verdampfungslaser, durch die Weltraummüll vernichtet werden kann.

159 Zudem sollen internationale Regelungen geschaffen werden, die für alle ins All
160 geschickten Satelliten kürzere obligatorische Abstiegszeiten und zuverlässige
161 Selbstzerstörungsmechanismen vorschreiben. Dadurch wird sichergestellt, dass
162 Satelliten am Ende ihrer Lebensdauer sicher außer Betrieb genommen werden
163 können, um die Entstehung von Weltraummüll zu vermeiden.

164 **VISIONEN UND PROJEKTE**

165 **NACHFOLGE FÜR DIE ISS**

166 Die Internationale Raumstation (ISS) ist ein Wunderwerk der internationalen
167 Zusammenarbeit. Sie hat uns gelehrt, wie man im Weltraum lebt und arbeitet, und
168 damit die Grundlage für künftige Langzeitmissionen zum Mond, Mars und darüber
169 hinaus gelegt. Nachdem die ISS nur noch wenige Jahre in Betrieb sein wird,
170 müssen bereits jetzt die Weichen für ein Nachfolgeprogramm gestellt werden. Hier
171 muss sich die Europäische Union auf jeden Fall stark proaktiv einbringen.

172 **VON DER ERDE ZUM MOND**

173 Wir fordern, dass Österreich und die EU sich aktiv bei Projekten wie dem Lunar
174 Gateway einbringen, da der Mond als potenzielle Zwischenstation für
175 Marsmissionen wieder verstärkt ins Blickfeld der Raumfahrtprogramme rückt.
176 Langfristig streben wir an, dass die ESA die Fähigkeit entwickelt, Menschen
177 eigenständig zum Mond und in seine Umlaufbahn zu bringen.

178 Zudem sollen von der ESA konkrete Pläne zur Errichtung eines Weltraumliffts
179 vorangetrieben werden, da dieser eine äußerst effiziente Methode darstellen
180 könnte, Objekte in die Erdumlaufbahn zu transportieren, die sowohl
181 wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile bringt.

182 **NÄCHSTER HALT, NEXT STOP: MARS**

183 Der Mars ist die nächste Grenze für die menschliche Erforschung. Mit Missionen
184 wie dem Artemis-Programm der NASA, das die Rückkehr von Menschen zum Mond als
185 Sprungbrett zum Mars zum Ziel hat, sind wir dem Roten Planeten näher denn je.
186 Jenseits des Mars sind die Möglichkeiten endlos, vom Abbau von Asteroiden bis
187 zur Erforschung der äußeren Planeten und ihrer Monde.

188 Wir setzen uns dafür ein, dass Vertreter:innen der freien Welt den Mars als
189 Erste erreichen und damit die Überlegenheit von Freiheit und Demokratie
190 darbieten. Aus diesem Grund fordern wir eine gemeinsame bemannte Marsmission
191 unter der Leitung von ESA, JAXA und NASA, zu der sich auch die
192 Raumfahrtagenturen anderer westlicher Staaten anschließen können.

Antragsteller: Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Yousef Hasan

Der Bundeskongress möge beschließen:

ISLAM IN ÖSTERREICH: FREIHEIT STATT FANATISMUS

1 Der Islam ist eine bedeutende Weltreligion, die im Zusammenspiel mit Bildung,
2 Wissenschaft und Kultur über Jahrhunderte hinweg zur Entwicklung der Menschheit
3 beigetragen hat und inzwischen etwa 2 Milliarden Anhänger:innen zählt. In
4 Österreich gibt es bereits seit der Annektion Bosniens in die
5 Habsburgermonarchie eine muslimische Tradition, durch die der Islam schon 1912
6 als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Diese frühe Anerkennung des Islam
7 schuf die Grundlage für ein geordnetes und respektvolles Zusammenleben.
8 Mittlerweile hat sich der Islam als fester Teil von Österreich etabliert, der
9 nicht mehr wegzudenken ist.

10 In den vergangenen Jahren sind besonders viele Menschen aus muslimisch geprägten
11 Ländern nach Österreich gekommen, wodurch sich allerdings auch besonders
12 konservative Ausprägungen des Islams verbreitet haben, die unseren Werten
13 fundamental gegenüberstehen. Zudem breitet sich in radikalen Gruppen innerhalb
14 der muslimischen Gemeinschaft eine zunehmende Gewaltbereitschaft aus, die große
15 Sorge bereitet. Zuletzt hat uns der geplante islamistische Terroranschlag auf
16 das Taylor Swift Konzert im Wiener Ernst Happel Stadion vor Augen geführt: Wir
17 haben ein Problem, der Islamismus ist auch bei uns angekommen.

18 Leider hat die muslimische Gemeinschaft in Österreich ein Problem mit
19 fundamentalen Islamisten, für die unser liberales Weltbild ein Feindbild ist.
20 Diesen muss entschieden etwas entgegengesetzt werden, um unsere westlichen,
21 liberalen Werte zu verteidigen. Auch die meisten Muslime in Österreich leiden
22 unter den extremistischen Tendenzen, die es in Teilen der islamischen Community
23 gibt. Keineswegs dürfen daher alle Muslime unter Generalverdacht gestellt werden
24 – vielmehr sind sie unsere Verbündeten im Kampf gegen reaktionäre Einflüsse und

25 Extremismus.

26 **KLARE KANTE GEGEN EXTREMISMUS**

27 Wir fordern ein **Verbot sämtlicher extremistischer Organisationen**. Einrichtungen,
28 deren Zielsetzungen potenziell der Demokratie und dem Rechtsstaat zuwiderlaufen,
29 müssen überwacht und bei Bestätigung eines Verdachts aufgelöst werden. Etwaige
30 Vereinsmittel sollen im Zuge der Auflösung entzogen und für
31 Radikalisierungsprävention eingesetzt werden. Auch nach der Auflösung soll das
32 Umfeld durch die DSN überwacht werden, um sicherzustellen, dass die Organisation
33 ihre Aktivitäten nicht inoffiziell weiterführt oder diese nur in den digitalen
34 Raum verlegt.

35 Der **Schwur auf den Islamischen Staat** soll - wie der Eintritt in ein fremdes
36 Militär - zum **Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft** führen. Ebenso soll
37 er eine umgehende Ausweisung zur Folge haben. Auch die Teilnahme an Kalifat-
38 Demonstrationen sowie die Verherrlichung islamistischer Straftaten sollen
39 (aufenthaltsrechtliche) Konsequenzen haben. Wir bekennen uns außerdem zum Verbot
40 der Verwendung von Symbolen islamistischer Terrororganisationen.

41 **Extremistische Moscheen**, in denen radikale Ideologien verbreitet werden, müssen
42 **umgehend und konsequent geschlossen** werden. Um die Radikalisierung von
43 Mitgliedern der Moscheegemeinde - wie etwa des Attentäters vom Terroranschlag in
44 Wien von 2020¹ - zu verhindern, müssen derartige Einrichtungen frühzeitig
45 erkannt und geschlossen werden.

46 Während politische Informationen auf sozialen Medien zunehmend eingeschränkt
47 werden, gewinnen sogenannte „TikTok-Prediger“ bzw. „Hipster-Salafisten“ immer
48 mehr an Reichweite. Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum, **islamistische**
49 **Influencer** sollen daher **genau beobachtet** und strafrechtlich relevante Inhalte
50 wie Aufrufe zu Hass und Gewalt von den Plattformen entfernt werden.

51 Um der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken, sind **Präventionsarbeit**
52 sowie die **Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz** essenziell.
53 Sicherheitsbehörden sollen dazu verstärkt mit Schulen, Jugendverbänden und
54 anderen Einrichtungen, insbesondere aber auch den Glaubensgemeinschaften,
55 zusammenarbeiten.

56 **WESTLICHE WERTE SCHÜTZEN**

57 Muslimische Verschleierungen wie Kopftuch, Burka oder Niqab werden leider immer
58 häufiger auch genutzt, um Frauen in ihrer individuellen Freiheit einzuschränken.
59 Die Islamische Glaubensgemeinschaft hat etwa zuletzt einer Islam-Lehrerin die
60 Übernahme als Landeslehrerin verweigert, weil sie kein Kopftuch trägt.² Für
61 uns ist klar: Jeder Mensch hat das Recht auf Selbstbestimmung – **aufgezwungene**
62 **Verschleierung lehnen wir daher entschieden ab.**

63 Die jüngsten Entwicklungen im Nahostkonflikt haben auch einen muslimischen
64 Antisemitismus an die Oberfläche gebracht. Aufgrund unserer Geschichte haben wir
65 als Österreicher:innen eine besondere Verantwortung, uns **gegen jegliche Form des**
66 **Antisemitismus** einzusetzen. Die Behörden sollen daher Demonstrationen im
67 Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt („Pro-Palästina“-Demos) besonders gut
68 überwachen, um eine radikale Einflussnahme zu unterbinden. Bei der Verbreitung
69 antisemitischer Botschaften sollen die Demonstrationen aufgelöst werden.

70 Der muslimische **Religionsunterricht** an öffentlichen Schulen soll – ebenso wie
71 der konfessionelle Religionsunterricht anderer Glaubensrichtungen – zugunsten
72 eines Ethikunterrichts **abgeschafft** werden, der unterschiedliche Weltanschauungen
73 sowie die Werte unserer Verfassung vermittelt.³

74 Um zu verhindern, dass **Imame** durch andere Staaten politisch instrumentalisiert
75 werden, muss konsequenter darauf geachtet werden, dass in Österreich tätige
76 Imame auch tatsächlich **hier ausgebildet** worden sind und **nicht aus dem Ausland**

77 **finanziert** werden, was bereits Rechtslage ist.

78 ¹ [KURIER.at | 02.02.2024 | Nach Anschlag in Wien: Tewhid-Moschee als
79 offizielles Gebetshaus aufgelöst](#)

80 ² [DiePresse.com | 15.06.2024 | Gerichtsurteil: IGGÖ diskriminiert Islam-
81 Lehrerin ohne Kopftuch](#)

82 ³ [JUNOS Beschlusslage | Abschaffung des Religionsunterrichts](#)

Antragsteller: Julian Fritsch

Der Bundeskongress möge beschließen:

REGIERUNGS- UND PARTEIKOMMUNIKATION TRENNEN

- 1 Im April 2024 hat der Rechnungshof einen Bericht¹ über seine Überprüfung der
- 2 Social Media Kanäle österreichischer Regierungspolitiker:innen veröffentlicht.
- 3 In mehreren Fällen war dabei nicht erkennbar, wer für die Kanäle als
- 4 Medieninhaber fungierte. Außerdem bestand aus Sicht des Rechnungshofs
- 5 größtenteils eine Vermischung von staatlichen und Parteimitteln bei der
- 6 Betreuung der Kanäle.

- 7 Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist klar, dass Regierungs- und Parteiarbeit
- 8 strikt voneinander getrennt werden müssen. Wir fordern daher, dass
- 9 Regierungspolitiker:innen auf Bundes- und Landesebene für die Kommunikation im
- 10 Rahmen ihres Regierungsamtes sowie ihre persönliche/parteipolitische
- 11 Kommunikation getrennte Kanäle nutzen, für die auch nur die jeweils geeigneten
- 12 Ressourcen eingesetzt werden. Um eine angemessene Trennung zu garantieren,
- 13 sollen zudem Richtlinien für die Nutzung von Social Media Kanälen durch
- 14 Ministerien bzw. Regierungsmitglieder ausgearbeitet werden.

15 ¹ [Social-Media-Accounts von Regierungsmitgliedern – Bericht des Rechnungshofs |](#)
16 [April 2024](#)